



Newsletter November



News aus dem Bundestag und meinem Wahlkreis
Kassel

Die Situation ist ernst:

Über 300 Millionen Menschen weltweit sind aktuell auf humanitäre Hilfe angewiesen. Sie leiden unter Hunger, leben in Krisen- und Konfliktgebieten oder sind auf überlastete Gesundheitssysteme angewiesen. Gleichzeitig werden die Mittel für humanitäre Hilfe weltweit gekürzt – viele Hilfsorganisationen sind massiv unterfinanziert.

Auch Deutschland leistet derzeit zu wenig, um dem entgegenzuwirken. Trotz intensiver Debatten im Bundestag hat die Bundesregierung die Mittel für humanitäre Hilfe für 2025 um mehr als die Hälfte reduziert und es auch für 2026 dabei belassen. Das Ergebnis ist das niedrigste Budget für humanitäre Hilfe seit 10 Jahren, obwohl die Bedarfe massiv gestiegen sind.

Deshalb haben wir gemeinsam mit Aktion Deutschland Hilft eine Spendenaktion ins Leben gerufen. Und so funktioniert sie:

- Klickt einfach auf den Spenden-Button und wählt euren Beitrag aus – ob 10 €, 20 € oder 50 €, jeder Euro hilft.
- Für jede einzelne Spende über mindestens 10 € legen wir zusätzlich 1 € pro Person/MdB obendrauf.
- Die Aktion startet sofort und läuft 7 Tage bis Weihnachten.

Aktion Deutschland Hilft ist ein Bündnis aus über 20 renommierten Hilfsorganisationen, die weltweit dort helfen, wo die Not am größten ist. Eure Spende kommt direkt bei den Menschen an, die dringend Unterstützung brauchen.

Hier geht's zu unsere Spendensammlung von Aktion Deutschland Hilft!

Wir danken schon jetzt allen, die sich beteiligen und mit uns ein Zeichen für Solidarität setzen.

Boris Mijatovic, Deborah Düring, Claudia Roth, Ophelia Nick und Julian Joswig (allesamt Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen)

Viel Spaß beim Lesen des letzten Newsletters des Jahres!
Ich wünsche euch von Herzen eine friedliche Weihnachtszeit, etwas Kraft sammeln und einen guten Rutsch ins Jahr 2026!

Euer Boris



Verleihung eines Sterns in der Mall of Fame für Streezbolzer



Der Parteitagebeschluss Nahost von Bündnis 90/Die Grünen im Detail

Als Partei haben wir auf der Bundesdelegiertenkonferenz unsere programmatischen Positionen in zahlreichen Themenfeldern umfassend diskutiert und neu beschlossen. Neben Themen wie der Energiewende, der Gerechtigkeitslücken im Steuersystem, der Homöopathie und der Kommunalfinzen, nahm die außenpolitische Debatte einen zentralen und wichtigen Raum ein. Wir haben unsere Haltung als stabile Partner*innen und unablässige Unterstützer*innen der Ukraine bekräftigt und gefestigt. In der Debatte um den Wehrdienst einigten wir uns auf das Prinzip der Freiwilligkeit, kombiniert mit einer verpflichtenden Musterung für alle 18-Jährigen. Besonders wichtig finde ich unseren Nahost-Beschluss, der uns eine klare und zukunftsfähige Position in dieser komplexen Frage gibt. Darin stellen wir klar: Israels Existenzrecht ist nicht verhandelbar – und Palästina muss prioritär anerkannt werden, denn das ist Zentrales Element für gleichberechtigte Verhandlungen über eine Zweistaatenlösung. Für eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung braucht es zwei Staaten, die auf Augenhöhe verhandeln. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich der saudi-französischen Initiative anzuschließen und die internationale Isolation Deutschlands zu beenden. Die Anerkennung Palästinas ist zentral für Frieden in der Region. Wir verbinden mit diesem Schritt keine Vorbedingungen, gleichzeitig stellen wir klar: In diesem Staat soll die Palästinensischen Autonomiebehörde das Sagen haben und keine Terrororganisationen wie etwa die Hamas. Wir verurteilen Siedlungsbau, Siedlergewalt, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, fordern ungehinderten humanitären Zugang und ein Ende der Administrativhaft. Gleichzeitig benennen wir Terrorstrukturen in der Region und verlangen echte Reformen der Palästinensischen Autonomiebehörde. Der Beschluss markiert unsere klare, gerechte und völkerrechtsorientierte Haltung. **Diesen wichtigen und ausführlichen Beschluss findet ihr hier.**

Aktuelles aus dem Bundestag

EU-Lieferkettengesetz: Massive Abschwächung mit rechter Mehrheit

Mit der Zustimmung des Europäischen Parlaments schrumpft das EU-Lieferkettengesetz in seiner Wirkung auf ein Minimum zusammen und damit der Schutz vor Kinder- und Zwangsarbeit sowie Ausbeutung oder Umweltzerstörung entlang der Lieferketten. Menschenrechte und die Widerstandsfähigkeit unserer Lieferketten werden mit dieser Entscheidung geschwächt, da nur noch ein Bruchteil der Unternehmen von dem Gesetz betroffen ist. Die Absenkung der Nachhaltigkeitsstandards steht im Widerspruch zum Ziel, die Richtlinie als Beitrag zur geopolitisch erforderlichen strategischen Resilienz Europas anzuerkennen. Als Grüne Bundestagsfraktion haben wir uns in unserem Antrag „Globale Verantwortung mit EU-Lieferkettenrichtlinie stärken – Schutzstandards hochhalten, Bürokratieabbau vorantreiben“ klar und deutlich für ein starkes Europäisches Lieferkettengesetz ausgesprochen. Der Schutz von Menschenrechten ist kein „nice to have“! **Weiter lesen...**

Mit unserem Antrag fordern wir die vollständige, konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention, damit Frauen wirksam vor Gewalt geschützt werden. Fast jeden zweiten Tag wird eine Frau von ihrem Partner oder Expartner ermordet. Femizide, häusliche Gewalt, Bedrohungen im Netz: Gewalt gegen Frauen ist ein massives Problem, das die Bundesregierung nur mangelhaft angeht. Die Bundesregierung ist in der Pflicht, jetzt endlich zu handeln. Das bedeutet, konsequent den Fokus auf Prävention, umfassenden Schutz und koordinierende Maßnahmen zu legen und nicht nur auf Strafverfolgung. Deshalb fordern wir die Weiterentwicklung der Gewaltschutzstrategie unter Einbindung aller relevanten Stellen sowie der Zivilgesellschaft, die bedarfsgerechte Ausstattung der Nationalen Koordinierungsstelle und ein zügiges Voranschreiten beim Gewalthilfegesetz. Zentral sind auch verpflichtende Täterarbeit sowie Schulungen für alle beteiligten Professionen. Auch Reformen im Sorge- und Umgangsrecht, Aufklärung und entschiedene Maßnahmen gegen digitale Gewalt sind notwendig. [Weiter lesen...](#)

Meine Arbeit im Bundestag



Grüne fordern: Serbien darf wegen mangelnder Pressefreiheit nicht weiter kommen - Serbien-Reise mit Anton Hofreiter

Der EU-Beitritt Serbiens stockt, weil das Land nicht daran arbeitet, europäische Standards zu erfüllen. Die Pressefreiheit ist stark eingeschränkt, Russland ist ein wichtiger Handelspartner des Staates. Grünen-Politiker Boris Mijatović fordert ein klares Signal aus Europa. Serbien hat bei seinen Reformen auf dem Weg in die Europäische Union an Tempo verloren. Das kann man dem Länderbericht der Europäischen Kommission entnehmen, der Anfang November vorgestellt wurde. Auch die Bundesregierung ist deswegen besorgt – vor allem, was die dortige Medienlandschaft betrifft. Das geht aus der Antwort auf eine schriftliche Anfrage ans

Auswärtige Amt hervor, die der Bundestagsabgeordnete Boris Mijatović (Bündnis 90/Die Grünen) gestellt hat und die der Frankfurter Rundschau vorliegt. Mijatović war gemeinsam mit seinem Fraktionskollegen und Vorsitzenden des Europaausschusses des Bundestages, Anton Hofreiter in der vergangenen Woche nach Belgrad gereist... [Den Artikel in der Frankfurter Rundschau findet ihr hier.](#)



Handelsblatt: Puma Shen im Menschenrechtsausschuss

Für jemanden, gegen den eine chinesische Sicherheitsbehörde gerade Ermittlungen eingeleitet hat, wirkt Puma Shen erstaunlich entspannt. Der 43-Jährige gehört zu der in Taiwan regierenden Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) und ist der erste amtierende taiwanische Abgeordnete, gegen den China eine Untersuchung eingeleitet hat. Der Fall wirft ein Schlaglicht auf die Taiwan-Strategie Pekings.

Puma Shen ist an diesem Tag im November für einen Kurzbesuch in Berlin. Die Grünen-Fraktion im Bundestag hat ihn eingeladen, im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe über die Desinformationstaktiken Chinas zu referieren. [...] „Wir können aus Taiwans Erfahrungen mit Falschnachrichten lernen“,



Gastbeitrag Deutscher Kommunaldienst: Warum die Bundespolitik die Kommunen jetzt nicht im Stich lassen darf

An die Basis der Demokratie:

Der Herbst der Reformen ist ausgefallen. Das ist nicht nur für die Bevölkerung, die Wirtschaft und das Klima fatal, sondern auch für die Kommunen in vielen Orten eine existenzielle Frage. Nach der Neuwahl im Februar wurde der Bundeshaushalt 2025 erst im September beschlossen, der Haushalt 2026 folgte Ende November. Die Bilanz ist ernüchternd: Trotz des beachtlichen Sondervermögens, das Zukunftsinvestitionen in Schulen, Brücken und Schienen stärken sollte, gehen mit beiden Bundeshaushalten dramatische Kürzungen in unverzichtbaren Bereichen einher. Die Leidtragenden sind... [Meinen kompletten Gastbeitrag könnt ihr hier lesen.](#)

sagt er. „Wir können nicht einfach alles kopieren – wir müssen ihre Methoden an unser Land anpassen.“ Doch Deutschland stehe vor ähnlichen Herausforderungen im Kampf gegen russische Desinformation. Mijatović: „Wir müssen lernen, wie wir uns in Europa gegen strukturelle Angriffe aus Russland, aber auch aus anderen Ländern mit autoritären Systemen verteidigen können.“ **Kompletten Artikel im Handelsblatt lesen.**



Gastbeitrag in ntv : Happy Birthday, Bundeswehr – Unsere Truppe verdient Respekt

Die Bundeswehr wird 70 Jahre alt. Auch für die Grünen ein Anlass für Glückwünsche. Das war nicht immer so, räumen Omid, Nouripour, Sara Nanni und Boris Mijatović in einem Gastbeitrag für [ntv.de](https://www.ntv.de) ein. Längst aber gilt der Partei die Bundeswehr als Garant von Freiheit und Demokratie. Vor 70 Jahren, am 12. November 1955, wurde die Bundeswehr auf den Trümmern der Geschichte gegründet. Damals war sie weder einsatzbereit noch breit in der Gesellschaft verankert. Frauen waren vom Dienst ausgeschlossen und viele ehemalige Wehrmachtssoldaten waren maßgeblich bei der Gründung beteiligt. In den vergangenen sieben Jahrzehnten hat die Bundeswehr einen bemerkenswerten Wandel durchlebt... **Den Gastbeitrag in ntv findet ihr hier...**



Meine Rede im Bundestag zu 30 Jahre Vertrag von Dayton



Meine Rede im Bundestag zum Haushaltsplan 2026 des Auswärtigen

Erinnern Sie sich an Vučko? Vučko war dieses kleine Wölflein, das 1984 bei den Olympischen Winterspielen in Sarajevo diese Stadt wunderbar repräsentiert hat. [...] Ich war damals zehn Jahre alt, und dieses Maskottchen trage ich bis heute im Herzen. Es ist eines meiner Lieblingsmaskottchen. [...] Keine zehn Jahre später stand Sarajevo wieder im Mittelpunkt des Weltgeschehens. Es ist schwer, darüber zu reden. Die Scharfschützen haben von den Bergen geschossen, Mörsergranaten sind eingeschlagen, und dieser Krieg hat wirklich viele Familien auseinandergerissen. Meine Damen und Herren, der Vertrag von Dayton ist ein diplomatischer Erfolg, für den ich immer dankbar sein werde...

Meine Rede könnt ihr hier sehen.

Amtes

[...] Bei dem Thema „humanitäre Hilfe“ begegnen mir immer wieder Argumente, die so einfach nicht zutreffen. Deswegen lassen Sie mich Ihnen fachlich helfen. Wir haben uns in diesem Land vor vielen Jahren auf den Weg gemacht, den Hunger auf der Welt zu bekämpfen. Das war mal ein gemeinsames Ziel, auch im Rahmen der Vereinten Nationen. Ich höre an dieser Stelle jetzt zum wiederholten Mal von Ihnen, dass dies nicht möglich war, dass wir nicht zuständig sind. Das ist einfach zu wenig. Wenn wir uns dem Ziel menschlicher Sicherheit verschrieben haben, dann müssen wir mehr tun, als Sonntagsreden zu halten. Lieber Herr Außenminister, das geht auch an Sie: Sie hatten drei Monate die Gelegenheit, den Haushaltsentwurf nachzubessern... **Meine Rede könnt ihr hier sehen.**



Frankfurter Rundschau zu Sudan-Konflikt: Grüne machen Druck auf Merz` Regierung

[...] "Die Bundesregierung handelt in dieser katastrophalen Notlage bisher nicht mit der notwendigen Konsequenz". Der politische Druck auf die Kriegsparteien und ihre externen Unterstützer sei „bislang unzureichend“. [...] Der Grünen-Abgeordnete Boris Mijatovic hatte bereits Anfang November gegenüber *Table-Briefings* kritisiert, dass der Regierung eine Strategie fehle, um die Akteure, die die Konfliktparteien stärkten oder die humanitäre Hilfe behinderten, wirksam unter Druck zu setzen. Mijatovic schlug unter anderem vor, die Emirate aufzufordern, „Flugaufzeichnungen, Frachtlisten und Endverbleibserklärungen im Zusammenhang mit Lieferungen in den Tschad und in den Sudan offenzulegen“... **Den Bericht der Frankfurter Rundschau könnt ihr hier lesen.**



Lesung Austausch mit der
Ex-Präsidentin von Taiwan
Tsai Ing-Wen



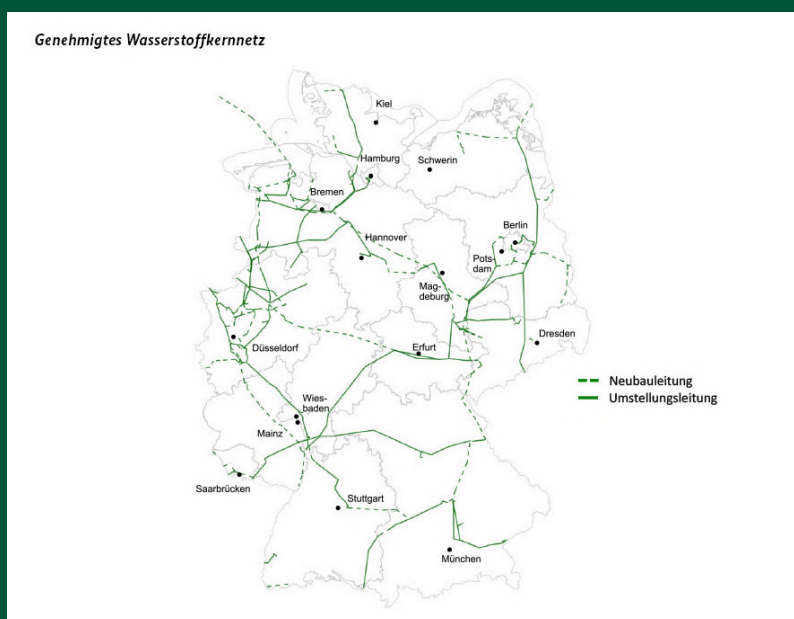
70 Jahre DGAP
Veranstaltung mit dem
Thema „strategischer
Ausblick für die EU-
Erweiterung und die fehlende
Debatte in Deutschland



Bundesdelegiertenkonferenz
in Hannover

Meine Abstimmungen im Bundestag

Themen außerhalb des Bundestags



Schriftliche Frage zum Anschluss Kassels und Fuldas an das Wasserstoffkernnetz

Ich habe die Bundesregierung zum aktuellen Planungs-, Realisierungs- und Kostenstand des im Wasserstoff-Kernnetz geplanten Anbindung von Kassel und Fulda gefragt. Die Inbetriebnahme der ersten 500 km Wasserstoffleitung noch dieses Jahr in Deutschland ist ein erster wichtiger Schritt, der der Energiewende Rückenwind verleiht. Gerade auch in Nordhessen besteht bei vielen energieintensiven Unternehmen ein großes Interesse an der Transformation ihrer Prozesse. Die Bundesregierung plant weiter mit der Anbindung Kassels an das Wasserstoffkernnetz über den Leitungsneubau Werne-Eisenach bis Dezember 2032. Der Kern des Ausbaus bleibt das Henne-Ei-Problem: Einerseits soll bedarfsorientiert gebaut werden, andererseits können Unternehmen ihre Prozesse erst sicher planen und umstellen, wenn die garantierte Versorgung mit grünem Wasserstoff durch die Anbindung gesichert ist. Wichtig ist, neben Importen auch regionale Produktion und Einspeisung von grünem Wasserstoff zu ermöglichen. Die Antwort der Bundesregierung auf die schriftliche Anfrage wirft Fragen zur regionalen Umsetzung auf, da sich der Kenntnisstand primär auf die

Genehmigungsunterlagen vom Oktober 2024 stützt und keine spezifischen Informationen zum Planungs-, Realisierungs- und Kostenstand der regionalen Verteilernetze vorliegen, besteht weiterhin Unsicherheit bezüglich der Umsetzung. Entscheidend für den Erfolg ist nun die enge Abstimmung zwischen Kernnetzbetreibern, regionalen Verteilern, den Genehmigungsbehörden und der Industrie, um Prozesse zügig umzustellen. Insgesamt muss die Geschwindigkeit erhöht und die Verantwortlichkeit klar zugewiesen werden. **Meine ausführliche Frage sowie die Antwort der Bundesregierung findet ihr hier.**



Geschenke verpacken für den Guten Zweck - Aktion der Citykaufleute Kassel



Listenaufstellung der Kreistagsliste Kassel



Besuch im Henschelmuseum Kassel



Boris Mijatovic diskutiert in Witzenhausen über 7. Oktober und Völkerrecht

Der Grünen-Abgeordnete sprach im Biotop über Israels Sicherheit und humanitäre Pflichten. Auch die lokalen Folgen des Konflikts wurden thematisiert. Witzenhausen – Es gehört zu den paradoxen Momenten demokratischer Öffentlichkeit, wenn ein globales Konfliktgeschehen in einem Saal einer Kleinstadt verhandelt wird und dennoch nichts an Relevanz verliert. Genau diesen Anspruch formulierte die Grüne Jugend des Werra-Meißner-Kreises Mittwochabend im Lokal Biotop in Witzenhausen, als sie zum Expertengespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Boris Mijatovic (Bündnis 90/Die Grünen) einlud. Was als sachlich-informative Veranstaltung angekündigt war, entfaltete sich rasch zu einem dialogischen Forum, in dem sich politisches Ernstnehmen und aufrichtige Neugier produktiv verschränkten... **Ganzen Bericht lesen...**



Lesung Couchsurfing in der
Ukraine in Fulda



Austausch mit den Grünen
Wartburg/Eisenach



Besuch der Landsynagoge in
Heubach

Besondere Termine im Dezember/Januar

21.12.2025 Glühweinaktion mit dem Kochclub Kassel e.V. auf dem
Weihnachtsmarkt

11.01.2026 Gastredner Neujahrsempfang Europa-Union Kassel

12. –16.01.2026 Sitzungswoche in Berlin

19. –22.01.2026 Delegationsreise Menschenrechtsausschuss

24.01.2026 Landesmitgliederversammlung Grüne Hessen in Marburg

26.–30.01.2026 Sitzungswoche in Berlin

[Meine Website besuchen](#)



Boris Mijatovic MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

boris.mijatovic@bundestag.de

Wahlkreisbüro Kassel

Sickingenstraße 7-9
34117 Kassel

boris.mijatovic.wk@bundestag.de

Bürger*innenbüro Fulda

Rabanusstraße 35
36037 Fulda

boris.mijatovic.ma07@bundestag.de

[Newsletter abbestellen](#)

